



BochumerBund

Presseerklärung

Lasst unsere Kolleg:innen in Ruhe! Zu der aktuellen Diskussion zur Begrenzung der Leiharbeit in pflegerischen Berufen.

26.01.2023

Wieder einmal versuchen Politiker:innen und Arbeitgeber den Knoten des Pflegenotstandes zu lösen und wieder einmal ziehen sie am falschen Ende des Seils. Diesmal geht es um eine Regulierung der Leiharbeit.

Sicher! Man muss sich die Frage stellen, warum Firmen, die Pflegepersonal verleihen, die aber weder für Dienstplansicherheit noch für strukturelle Aufgaben oder Pflegequalität verantwortlich zeichnen mit großen Gewinnmargen am Markt existieren dürfen.

Bitte nicht Ursache mit Wirkung verwechseln!

Ein Verbot der Leiharbeit würde lediglich ein Symptom bekämpfen nicht aber die Ursachen. Die Regierungen schauen seit Jahrzehnten zu, wie die Lohnentwicklung in den Pflegeberufen weit hinter dem zurückbleibt, was angemessen und auch notwendig wäre. Das wurde auch durch Studien belegt, die sich mit Lohngerechtigkeit beschäftigen. Wir müssten heute beim Einstiegsgehalt für eine Pflegefachkraft bei rund 4.500 Euro liegen. Wir sind weit davon entfernt und dieses auch in den besten Tarifverträgen.

Hierdurch und durch flankierende Faktoren wie Kostendruck, Personalabbau, Reformstau in der Entwicklung der Profession und der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft kam es zu einer großen Personalnot. Diese Not machen sich nun Firmen zunutze, die das System des fortwährenden Mangels ausnutzen, uns Pflegenden endlich gerechte Gehälter und eine gute Work-Life-Balance anbieten. Die Situation ist grotesk.

Der Lösungsweg kann aber nur über gerechte Entlohnung für Stammbeschafteten und die Begrenzung des Aufschlags von Leasingfirmen gehen. Den Mitarbeiter:innen, die sich auf Zeitarbeit einlassen, kann nur durch attraktive Bedingungen ein Rückkehrangebot gemacht werden. Erst dann kann man darüber diskutieren, wie man mit Leasingfirmen umgeht. Wenn die Politiker:innen aber glauben, sie können Pflegenden, die aus gutem Grund in Leasingfirmen abgewandert sind, einfach durch Verbote zurückgewinnen, sind sie auf dem Holzweg. So wird eine Begrenzung der Leiharbeit nur zu noch weniger verfügbaren Pflegekräften führen. Man begeht den gleichen Fehler wie bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Probleme, die man als Gesellschaft nicht lösen wollte, sollten die Pflegenden ausbaden.

Wir als BochumerBund sind gerne bereit, den Entscheidungsträger:innen die Zusammenhänge zu erklären und Wege aus diesem Dilemma aufzuzeigen. Verbote ohne Angebote werden keine nachhaltigen Lösungen sein!

BochumerBund - Spartengewerkschaft für die Pflege seit 2020

Wir fordern den Dreiklang aus Pflegekammer, Verbänden, Gewerkschaft

Wir fordern ein Einstiegsgehalt von 4.500 Euro für Pflegefachpersonen

Wir fordern die vier Tage Woche für Pflegekräfte im Schichtdienst